

EINE NEUE DIMENSION DER PROPAGANDA BEMERKUNGEN ZUR NATIONAL-SOZIALISTISCHEN PRAXIS DER MASSENBEEINFLUSSUNG

»Die Geschichte des Nationalsozialismus ist die Geschichte seiner Unterschätzung.«

Karl Dietrich Bracher¹

Die Diskussion über Ursachen, Aufstieg, »Wesen«, Erscheinungsformen und Wirkungen des Faschismus/Nationalsozialismus ist in den letzten Jahren neu aufgeflammt. Kongresse beschäftigen sich mit diesem Thema, Bücher und Aufsätze erörtern es in höchst kontroverser, zuweilen in polemischer Weise. Filme, die sich seiner bedienen, lösten leidenschaftliche Debatten aus.

Zu den schon seit längerer Zeit bestehenden Versuchen, Faschismus/Nationalsozialismus zu »erklären« — nach einem freilich zu groben Raster lassen sich diese Versuche in eine marxistisch argumentierende Theorie, eine Totalitarismus-Theorie und eine multifaktorielle Theorie unterscheiden — sind inzwischen zahlreiche Mischformen, Differenzierungen und Zusatzhypothesen hinzgetreten.

Der folgende Aufsatz ist nicht als Beitrag zu dieser Kontroverse konzipiert. Sein Blickpunkt liegt an einer anderen Stelle: Die bisherige wissenschaftliche Arbeit, die das geschichtliche Phänomen Faschismus/Nationalsozialismus zu erhellen sucht, hat der eigentümlichen Rolle der Propaganda, wie Hitler und seine Gefolgsleute sie verstanden und verwandten, nicht jene intensive Beachtung geschenkt, die nötig wäre, um die Ereignisse und ihre Konsequenzen zutreffend zu erfassen. Mit Hitler ist offensichtlich eine für Mitteleuropa neue, in solcher Größenordnung und Charakteristik vorher nicht vorhandene Art von persuasiver Kommunikation, von systematischer publizistischer Einwirkung auf die Volksmassen, auf den Plan getreten.

Die Bedeutung, die dieser systematischen Beeinflussung der Massen zukam, sowohl für den Aufstieg der NSDAP in ihrer

¹ Karl Dietrich Bracher »Tradition und Revolution im Nationalsozialismus« in »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 31. 1. 1976; ferner in »Zeitgeschichtliche Kontroversen — Von Faschismus, Totalitarismus, Demokratie«, München 1976, S. 62.

»Kampfzeit« wie für die Sicherung und Erweiterung der Macht Hitlers nach dem 30. Januar 1933, muß gründlicher untersucht und in ihren spezifischen Verhältnissen genauer analysiert werden, als dies bisher geschehen ist, wenn das Bild der Epoche vollständig sein, die wirkenden Kräfte deutlich erkannt werden sollen.

Auf diesen Sachverhalt will der folgende Beitrag aufmerksam machen.

Am 19. Januar 1919 fand in Deutschland die Wahl zur Nationalversammlung statt, die danach in Weimar tagte und die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches (»Weimarer Verfassung«) beschloß. Bis zum Ende der »Republik von Weimar« wurden sieben Reichstage gewählt. Auch die Wahl vom 5. März 1933 kann, wenngleich mit erheblichen Einschränkungen, als Möglichkeit zur Stimmabgabe auf Grund der eigenen politischen Überzeugung betrachtet werden.

Überblickt man die Entwicklung der Zahl der Stimmen, die für die Partei Hitlers abgegeben wurden, so lassen sich folgende Feststellungen treffen:

1) Bei den Wahlen der Zwanzigerjahre blieben die NSDAP und ihre Vorgängerin, die »Nationalsozialistische Freiheitspartei«, bedeutungslos, ja die Zahl ihrer Mandate im Reichstag sank von 32 (4. Mai 1924) auf 12 (20. Mai 1928) ab. Erst die Wahl vom 14. September 1930 brachte der NSDAP 107 Mandate und machte sie damit zur zweitstärksten Partei (nach der Sozialdemokratie).

2) Auch in den Dreißigerjahren gab es kein kontinuierliches Wachstum der NSDAP. Zwar gelang es Hitler, am 31. Juli 1932 230 Mandate und damit die stärkste Position in Reichstag zu erringen, aber schon wenige Monate später, am 6. November 1932, erhielt die NSDAP nur noch 196 Mandate.

3) Selbst nach der »Machtergreifung« am 30. Januar 1933 konnte Hitler sein eigentliches Ziel, die absolute Mehrheit und durch sie eine (nachträgliche) plebiszitäre Legitimation seines Alleinführungsanspruchs, nicht erreichen. Seine Partei vermochte trotz massivem Einsatz der nun in seinen Händen befindlichen staatlichen Mittel, nur 43,8 Prozent der Wähler für sich zu gewinnen.

Die Zwanzigerjahre, in denen Hitler vergeblich um Stimmen warb, waren die Jahre einer begrenzten politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik. Hitlers Putsch-Versuch am 9. November 1923 in München war kläglich gescheitert. Mit der Überwindung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark am 13. Oktober 1923 (1000 Milliarden Papiermark = 1 Rentenmark) war die Grundlage für einen allmählichen Wiederaufbau der vom Krieg zerrütteten Wirtschaft und für die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zum Ausland geschaffen worden. Die Phase der Labilität, in der radikale Gruppen hoffen konnten, durch

DEUTSCHER REICHSTAG 1919—33*

Parteien nach der Sitzordnung (von rechts nach links)	*19.1. 1919	Zahl der Abgeordneten nach den Reichstagswahlen vom							
		6.6. 1920	4.5. 1924	7.12. 1924	20.5. 1928	14.9. 1930	31.7. 1932	6.11. 1932	5.3. 1933
Nationalsozialist. Freiheitspartei (Deutschvölkische u. NSDAP)	—	—	32	14	—	—	—	—	—
NSDAP	—	—	—	—	12	107	230	196	288
Deutschnationale Volkspartei	42	66	106	111	78	44	39	54	53 ⁴
Deutsches Land- volk (Christlich- nationale Bau- uern- und Land- volkpartei)	—	—	—	—	9	19	1	—	—
Christlichsozialer Volksdienst	—	—	—	—	—	14	3	5	4
Deutsche Volks- partei	22	62	44	51	45	30	7	11	2
Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes)	—	—	7	11	23	23	2	2	—
Deutschhannover- versche Partei	3	4	5	4	4	3	—	1	—
Bayerische Volkspartei	}	20	16	19	17	19	22	19	19
Zentrumspartei (Christliche Volkspartei)									
Deutsche Bauernpartei (Bayer. Bauern-u. Mittelstandsbund)	5	4	3	6	8	6	2	3	2
Deutsche Demo- kratische Partei (Deutsche Staatspartei)	74	45	28	32	25	14	4	2	5
Sozialdemokra- tische Partei	165	113	100	131	153	143	133	121	120
Unabhängige So- zialdemokra- tische Partei	22	81	—	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei	—	2	62	45	54	77	89	100	(81)
Sonstige Parteien	1	—	4 ¹	—	2 ²	10 ³	1 ²	—	—
Insgesamt	423	466	472	493	491	577	608	584	647 (566)

* Wahlen zur Nationalversammlung. ¹Deutschsoziale Partei. ²Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung). ³Konservative Volkspartei (4) und Volksnationale Reichsvereinigung (6). ⁴ = Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

² Die Tabelle ist dem »dtv-Lexikon«, Band 15, München 1969, S. 113 entnommen.

Putsch oder Staatsstreich an die Macht zu gelangen, war vorüber. Wie die Kommunisten nach den vergeblichen Aufstandsversuchen von 1923,³ so änderte nun auch die NSDAP ihre Taktik. Es war das erklärte Ziel der 1925 reorganisierten Hitler-Partei, die Herrschaft nicht mehr durch Staatsstreiche — wie 1923 in Bayern — sondern durch Wahlerfolge zu erringen. Hitler nahm sich vor, auf »legalem Wege« an die Macht zu gelangen. Umso mehr fällt ins Gewicht, daß die Reichstagswahl von 1928 der NSDAP eine schwere Niederlage brachte; mit einem Stimmenanteil von 2,6% sank die Partei Hitlers zur Bedeutungslosigkeit herab. (Übrigens erlangten die sozialistischen Parteien (SPD und KPD) bei dieser Gelegenheit mit 40,4% den höchsten Stimmenanteil während der gesamten Dauer der Weimarer Republik.)

Der Rückgang der NSDAP in den Zwanzigerjahren war ferner durch das zeitweilige Ausscheiden Hitlers aus dem politischen Kampf bedingt, durch seinen Prozeß und seine Inhaftierung auf der Festung Landsberg am Lech (1923/1924). Ohne den Redner, Organisator und »Führer« Hitler war die Partei zum Mißerfolg verurteilt. Es ist für die innere Entwicklung der NSDAP sehr aufschlußreich, daß in den Jahren zwischen 1923 und 1930 die national- und sozial-revolutionären Elemente, die zu der seltsamen Ideenmischung des NSDAP-Programms von Anfang an gehört hatten, sich stärker in den Vordergrund schoben, während ihre antisemitischen und »völkischen« Komponenten eher zurücktraten; in diesen Jahren des Mißerfolgs rückte die NSDAP stärker nach »links« als zu jeder anderen Zeit ihrer Geschichte.⁴ Der Verfasser des Parteiprogramms, Gottfried Feder, die Brüder Gregor und Otto Strasser, sowie Josef Goebbels waren damals die Wortführer der »linken« Richtung. Mit der Rückkehr Hitlers in die Arena verlor diese sozialrevolutionäre Richtung an Einfluß. Hitler war an der Lösung sozialer Fragen nicht interessiert, er betrachtete sie nur als Mittel zur Erlangung der Macht.

Warum ist es einer Partei, die vorher keine Erfolge zu verzeichnen, sondern in drei Reichstagswahlen mehr und mehr an Anhang verloren hatte, im Jahr 1930 plötzlich gelungen, zur zweitstärksten Formation des Parlaments aufzusteigen? Die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig und läßt sich hier nicht in wenigen Sätzen so vollständig wiedergeben, wie dies eigentlich geschehen müßte. Nur einige Hauptlinien können angedeutet werden:

Daß die NSDAP bei der Reichstagswahl von 1930 einen sensationellen Erfolg erzielen konnte, hängt vor allem mit der dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zusammen. Die Zahl der Ar-

³ Werner T. Angress »Die Kampfzeit der KPD 1921—1923«, Düsseldorf 1973, S. 462 ff.

⁴ Martin Broszat »Der Staat Hitlers« (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 9), München 1969, S. 18.

beitslosen, die 1929 weniger als eine Million betragen hatte, wuchs im Februar 1930 auf das Doppelte an. Sie überstieg später 6 Millionen, so daß, die Familien eingerechnet, etwa 40% der Gesamtbevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Die von den Sozialdemokraten Hermann Müller geleitete Reichsregierung konnte sich über die notwendige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht einigen. Obwohl es nur um 0,5% des Arbeitslohnes ging, verweigerten die Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion der SPD ihre Zustimmung. Der Reichspräsident wollte eine vom Kanzler erbetene Notverordnung nicht unterschreiben. So trat Hermann Müller am Abend des 27. März 1930 zurück; damit war die Zeit der von parlamentarischen Mehrheiten getragenen Reichsregierungen zu Ende.

Es folgten Regierungen, die sich nur auf Minderheiten des Parlaments stützen konnten und daher ausschließlich vom Vertrauen des Reichspräsidenten und seiner Berater abhingen. Es folgten Reichskanzler, die das Dekret des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstages in der Tasche haben mußten, um ihrem Sturz zuvorzukommen. Es folgten die »Königsmacher« aus der Kulisse, die ihre Phantasie spielen ließen, um »starke Männer« an die Macht zu bringen und mit der Hilfe von Notstandsparagraphen an der Macht zu halten.

Wenn auch 1930 noch niemand wissen konnte, daß mit dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung der Untergang der Weimarer Republik eingeleitet wurde, hatte das Scheitern der Regierung Müller doch schon deshalb katastrophale psychologische Folgen, weil es sichtbar machte, daß die Republik nicht mehr imstande war, die alles überschattende Arbeitslosenfrage zu lösen, daß die bisher regierenden Parteien vor dieser drängenden Aufgabe einfach kapitulierten, daß sie ihr Bündnis in einem Augenblick aufkündigten, in dem nichts nötiger war als die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte.

Der Erfolg der Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl im Herbst 1930 war somit nicht allein eine Folge der Arbeitslosigkeit und der von ihr ausgelösten Not, sondern vielleicht noch mehr eine Folge der Unsicherheit und Angst, die das Versagen der Regierung und der demokratischen Parteien gegenüber dieser Not hervorrief.

Daß die Nationalsozialisten 1930 so starken Zulauf bekamen, hing auch in hohem Maße mit der außenpolitischen Situation des Deutschen Reiches zusammen. Die Siegermächte von 1919 zeigten wenig Einsicht in die Notwendigkeit eines dauerhaften Friedens.

Die Behandlung, die sie den demokratischen Regierungen des Deutschen Reiches zuteil werden ließen, machte es den Gegnern dieser Regierungen leicht, sie als schwach, untüchtig, national unzuverlässig und erfolglos hinzustellen. Von einer Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit und Verständigung war nichts zu bemerken. Die Methoden, mit denen die Siegermächte versuchten,

die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durchzuführen und die Bezahlung der Reparationen zu erzwingen, brachten gerade die friedenswilligen Deutschen zur Verzweiflung. So weigerten sich die Siegermächte lange Zeit, eine Gesamtsumme oder eine obere Begrenzung der deutschen Reparationsleistungen festzulegen. Sie lieferten damit der nationalistischen und antidemokratischen Propaganda wertvolles Material, denn die republikanischen Regierungen waren durchaus guten Willens, die deutsche Wirtschaft bis an die Grenze ihrer Kraft zu belasten, um die Reparationsforderungen zu erfüllen, gerieten aber mehr und mehr in eine unhaltbare innenpolitische Position, da diese Kraft ständig überfordert und die Hoffnung auf ein absehbares Ende verweigert wurde.

Im Frühjahr 1930 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP. Hitler beendete sie, indem er Otto Strasser und seine Anhänger aus der Partei ausschloß, weil sie sich von ihrem sozialistischen Kurs (Verstaatlichung der Großindustrie) und ihrer Unterstützung der Gewerkschaften bei einem Streik in Sachsen nicht abbringen ließen. Otto Strasser gründete daraufhin eine eigene Partei, die er »Revolutionäre Nationalsozialisten«, später »Schwarze Front« nannte.

Vielleicht war es die Angst, daß die Krise und die Spaltung der Partei zu einer neuen Niederlage führen könnten, die Hitler bewog, im Wahlkampf des Sommers 1930 besondere Anstrengungen zu unternehmen und neue, in Deutschland bisher unübliche Methoden anzuwenden. »Während bei früheren Wahlkämpfen die Parteien sich mit Wahlaufrufen und einigen wenigen Wahlversammlungen begnügt hatten, wandte Hitler alle Mittel moderner Propaganda an, wie sie bisher eigentlich nur die Vereinigten Staaten von Amerika bei den Präsidentenwahlen kannten. Um die Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken, gab es unzählige Maueranschläge, Plakate, Aufmärsche, Massenkundgebungen. In Hunderten von Versammlungen, in denen Hitler und seine Gefolgschaft skrupellos jedes Mittel benutzten, die Gegner verächtlich zu machen und die nationalsozialistische Partei als Retterin in der Wirtschaftsnot hinzustellen, wurde die Bevölkerung aufgerüttelt.«⁵

Bei der Analyse der Reichtags-Wahlergebnisse von 1920 bis 1933 fällt auf, daß die weltanschaulich-ideologisch begründeten Parteien (KPD, SPD, Zentrum, Bayerische Volkspartei) ihre Position relativ gut wahren konnten; sie verloren auch keine Wähler, als die Einschüchterung durch die NSDAP wirksam wurde. Die »Interessenparteien« des kleinbürgerlichen, agrarischen und nationalen Lagers hingegen wurden in der immer leidenschaftlicher werdenden Auseinandersetzung zerrieben.

Diese Steigerung des Machtkampfes war es auch, die Millionen bisheriger Nichtwähler mobilisierte und viele von ihnen der NSDAP

⁵ Friedrich Glum »Der Nationalsozialismus«, München 1962, S. 163.

in die Arme trieb. Die politisch nicht Festgelegten waren an dem ersten großen Sieg Hitlers erheblich beteiligt. »Es handelte sich dabei nicht um eine Verlagerung innerhalb des demokratischen Parteifuges, sondern um dessen Sprengung durch Aktivierung und Sammlung derjenigen, die bisher am demokratischen Entscheidungsprozeß nicht oder nur mißvergnügt teilgenommen hatten... (Die NSDAP) lebte von dem in Krisenzeiten leicht mobilisierbaren Verlangen nach entschlossenerer Vertretung und Aktion, dem Ruf nach einer wirksameren, notfalls mit Zwangsmitteln herzustellenden Sanierung der Verhältnisse. Sie war insofern weniger eine revolutionäre als eine parasitäre Kraft: agitatorisch wirksamste Potenz zur Restauration autoritärer Ordnungsvorstellungen in Staat und Gesellschaft und zugleich die militante, plebiszitäre Gegenkraft gegen Sozialismus und Kommunismus.«⁶

Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 errang die NSDAP einen neuen, noch größeren Triumph: Mit 230 (von 608) Sitzen wurde sie die stärkste Fraktion des Parlaments. Der Zuwachs von 6 Millionen NSDAP-Stimmen stammte hauptsächlich aus dem Lager der bürgerlichen Parteien (Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei/Staatspartei, Wirtschaftspartei), die fast völlig von der Bildfläche verschwunden waren, und aus den Deutschnationalen, die nur noch 39 Sitze — ihr Minimum während der Weimarer Zeit — behielten. Die Sozialdemokraten hatten sich besser gehalten (133 statt 143 Mandate); Zentrum und KPD hatten sogar zugenommen. Wie es bereits damals um die parlamentarische Demokratie in Deutschland stand, zeigt die Tatsache, daß die radikalen Flügelparteien (NSDAP mit 230, KPD mit 89 Sitzen) über die »negative Mehrheit« im Reichstag verfügten.⁷

Vorangegangen war ein Wahlkampf von unerhörter Härte, ja Brutalität. Saalschlachten und Straßenkämpfe waren an der Tagesordnung. Die bewaffneten Formationen Hitlers, aber auch die Schutztruppen anderer Parteien marschierten gegeneinander auf, kämpften in aller Öffentlichkeit und schufen damit Zustände, die vom Bürgerkrieg nicht mehr weit entfernt waren. Josef Goebbels,⁸ Gauleiter der NSDAP für Berlin und Propagandachef der NSDAP, baute die gewaltsamen Auseinandersetzungen in seine demagogische Strategie ein; er überließ Zusammenstöße nicht dem Zufall, sondern führte sie planmäßig und systematisch herbei.

Die Zeitungen waren in ihrer Mehrheit dem Nationalsozialismus feindlich gesinnt; die Presse der NSDAP spielte nur eine geringe Rolle. Durch die martialischen Aufmärsche, die Blockierung der Straßen, die Überfälle auf Wahlversammlungen anderer Parteien und die blutigen Auseinandersetzungen mit Opponenten und Ein-

⁶ Broszat, a.a.O., S. 14.

⁷ »Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert«, 2. Band, Köln 1971.

dringlingen in den eigenen Kundgebungen zwang Goebbels die Presse des ganzen Landes, ständig über ihn, die NSDAP und deren Aktionen zu berichten. Wo es Tote und Verwundete gab, konnte keine Zeitung verschweigen. Goebbels war einer der ersten Propagandisten, die sich nicht darauf beschränkten, die jeweils vorfallenden Ereignisse für ihre Zwecke bestmöglich auszunützen; er scheute sich auch nicht, Ereignisse zu provozieren, ja sie zu inszenieren und selbst sie zu schaffen, um sie propagandistisch auswerten zu können.

In den Aussagen und Aufzeichnungen von Goebbels finden sich zahlreiche Bemerkungen über die »bürgerliche« und »jüdische« Presse, die Hohn, Spott und Verachtung ausdrücken sollen. In Wirklichkeit bewunderte er insgeheim den Journalismus der großen Berliner Zeitungen; er selbst hatte ursprünglich einen Platz in einer solchen Redaktion angestrebt, war aber nicht erfolgreich gewesen. Nun reagierte er die Enttäuschung ab, die er sein Leben lang nicht verwinden konnte. Daß er mit der kümmerlichen Presse der eigenen Partei keine Erfolge, weder Ansehen erlangen noch Wirkung erzielen konnte, wußte er sehr genau. Deshalb griff er begierig auf, was Hitler in Theorie und Praxis bereits vorgemacht hatte: den Kampf um die Gunst der Wähler mit anderen Mitteln.

Eine Lieblingsidee Hitlers war es gewesen, durch den Eindruck der Omnipräsenz zu wirken. Mit einem für diesen Zweck gemieteten Flugzeug eilte er von Wahlversammlung zu Wahlversammlung. Wenn möglich, wurden diese »Großkundgebungen« im Freien abgehalten, in der Nähe des Landeplatzes, so daß die Tausende, die bei Marschmusik stundenlang warteten, den »Heilsbringer« vom Himmel herabkommen sehen konnten.⁹ (Eine derartige Ausnutzung mythologischer Analogien, menschlicher Urvorstellungen findet man heute in manchen »Entwicklungsdiktaturen« als Mittel ständiger Herrschaftsausübung.)

Am 31. Juli 1932 waren 37,3% der gültigen Stimmen für Hitler abgegeben worden. Seine Anhänger sahen den Sieg unmittelbar vor sich. Am 8. August 1932 vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: »Die ganze Partei hat sich bereits auf die Macht eingestellt. Die SA verläßt ihre Arbeitsplätze, um sich bereit zu machen.«¹⁰ Um der Entwicklung nachzuhelfen, wurde SA rings um Berlin zusammengezogen. »Dieses Schauspiel vollzieht sich mit einer imponierenden

⁸ zu Goebbels: Für unser Thema noch immer am aufschlußreichsten die Selbstzeugnisse »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei« (Tagebuch 1. 1. 1932 — 1. 5. 1933) München 1934; »Der Angriff, Aufsätze aus der Kampfzeit« München 1936 (3. Aufl.) sowie die von Louis P. Lochner und Helmut Heiber aus dem Nachlaß edierten Tagebücher.

⁹ Filmdokument Eberswalde: Friedrich Terveen »Aus einer Wahlrede Hitlers in Eberswalde 27. 7. 1932 (Edition G 29 des »Instituts für den wissenschaftlichen Film« in Göttingen).

¹⁰ Joseph Goebbels »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei«, München 1934, S. 140.

Genauigkeit und Disziplin«,¹¹ notierte Goebbels zwei Tage später. Nach dem Wahlerfolg sollten die anderen Parteien eingeschüchtert werden.

Hitler erwartete, daß er als Führer der weitaus stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt werden würde. Aber Hindenburg weigerte sich, der NSDAP die Macht zu übertragen, einer Partei, »die die Absicht hat, einseitig davon Gebrauch zu machen«.¹² Eine Welle von Gewalttaten vor allem ließ viele daran zweifeln, ob die NSDAP zur Regierung fähig sei. Hitler wurde nervös, die Kassen der NSDAP waren leer, Schulden mußten abgetragen werden.

Nach parlamentarischem Brauch wurde am 30. August 1932 Hermann Göring als Exponent der stärksten Fraktion zum Reichstagspräsidenten gewählt. Am 12. September 1932 ließ Göring über einen von der KPD eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Regierung abstimmen, obwohl Reichskanzler Franz von Papen das Auflösungsdekret, allen sichtbar, bereits übergeben hatte. Der Reichstag sprach mit 513 gegen 32 Stimmen sein Mißtrauen aus; das war zwar rechtlich ohne Folgen, demonstrierte aber der Öffentlichkeit, daß die Regierung Papen keine parlamentarische Unterstützung besaß. Wiederum mußte gewählt werden. Die Reichstagswahl vom 5. November 1932 brachte der NSDAP einen Verlust von 2 Millionen Stimmen, der KPD einen Zuwachs von 11 Mandaten. Aber die Bildung einer demokratisch-parlamentarischen Regierung wurde dadurch nicht leichter. Es gab nur eine »negative Mehrheit« aus NSDAP und KPD, die jede Regierung stürzen konnte.

Hitler unternahm hektische Bemühungen, um durch Siege bei Landeswahlen (so in dem Miniaturland Lippe) zu beweisen, daß das Ergebnis vom 5. November 1932 nur eine vorübergehende Schwäche gewesen sei und daß die NSDAP im Aufstieg zur Macht nicht aufgehalten werden könne. Die Lage wurde immer chaotischer. Die Regierung des Generals von Schleicher war kaum noch handlungsfähig. In Berlin wurde hektisch verhandelt, während die bewaffneten Partei-Milizen durch die Straßen zogen. Abenteuerliche Pläne für die Wiederherstellung der Monarchie, für eine Präsidialdiktatur unter dem Schutze der Reichswehr, für die zeitlich befristete Außerkraftsetzung der Reichsverfassung wurden diskutiert; aber Hindenburg war zu einer Entscheidung gegen die von ihm beschworene Verfassung nicht zu bewegen. Vor die Wahl gestellt, Hitler als Kanzler zu akzeptieren oder die Verfassung zu verletzen, wählte er das — wie er meinte — kleinere Übel, den ihm im Grunde verhaßten »böhmischen Gefreiten«. Die Entscheidung wurde ihm dadurch erleichtert, daß Politiker wie Papen und Hugenberg, die

¹¹ ebd. S. 141.

¹² Aus der amtlichen Darstellung der Unterredung Hindenburg—Hitler, zitiert nach Glum, a.a.O., S. 188.

sein Vertrauen genossen, ihm versprochen, sie würden in einer Koalitionsregierung den Kanzler Hitler zu domestizieren wissen.

Als Hindenburg am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, feierten Hunderttausende von NSDAP-Anhängern mit und ohne Uniform im Zentrum Berlins den Sieg durch einen Fackelzug, der fast die ganze Nacht andauerte. Dergleichen hatte die Reichshauptstadt seit dem Weltkrieg nicht mehr erlebt. Die Wirkung auf die Massen war ungeheuer; eine neue, bessere, hellere Zeit schien angebrochen zu sein. Mit diesem Fackelzug, der die Formen einer kultischen Prozession, einer Militärparade und einer akademischen Huldigung mit uralter Lichtsymbolik verband, legte Goebbels ein erstes Zeugnis ab für seine erstaunliche Fähigkeit, durch bewußte »Regie des öffentlichen Lebens« (Karl-Heinz Schmeer) Eindruck zu machen, Anhänger zu ermutigen, Gegner einzuschüchtern, Gleichgültige anzuziehen, an verschüttete Gefühle zu appellieren und Gemütskräfte für eine Politik zu mobilisieren, die von vielen abgelehnt worden wäre, hätten sie ihre wahren Ziele gekannt.

Der Parteiführer Hitler, der am 30. Januar 1933 in formalrechtlich legalen Formen die Regierungsgewalt übernommen hatte, wußte genau, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht auf seiner Seite stand. Am 5. November 1932 waren insgesamt 35 471 000 Stimmen abgegeben worden, davon 11 737 000 für die NSDAP, also nicht ganz 33%. So richtete er sein Augenmerk in den ersten Wochen seiner Amtsführung vornehmlich auf zwei Ziele: Auf die Zurückdrängung der nicht-nationalsozialistischen Mitglieder der Regierung, die ihm zur Macht verholpen hatten, ihn aber vorerst an der vollen Machtausübung hindern wollten, und auf die Legitimierung seines Anspruchs auf die alleinige Führung durch eine Reichstagswahl, in der die absolute Mehrheit errungen werden sollte. Daß dies gelingen werde, glaubte Hitler umso fester, als er nun, nachdem er Kanzler geworden war, über bedeutende Geldmittel verfügte¹³, den staatlich kontrollierten Rundfunk für sich einsetzen und überhaupt auf die Werbekraft des Erfolgs rechnen konnte.

¹³ »Nun ist es leicht, den Kampf zu führen, denn wir können alle Mittel des Staates für uns in Anspruch nehmen. Rundfunk und Presse stehen uns zur Verfügung. Wir werden ein Meisterstück der Agitation liefern. Auch an Geld fehlt es natürlich diesmal nicht.« So J. Goebbels, a.a.O., S. 254.— Seitdem Hitler seinen Wahlerfolg vom 31. 7. 1932 errungen hatte, seitdem eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in den Bereich des Möglichen, ja Unvermeidlichen gerückt war, begannen auch die Zuwendungen aus Wirtschaftskreisen reichlicher zu fließen. Bisher hatten diese Kreise eher die Deutschnationalen und die bürgerlichen Mittelparteien subventioniert. Seit der vieldiskutierten Zusammenkunft im Kölner Hause des Bankiers von Schroeder am 4. Januar 1933, an der Hitler, Himmler und Papen teilnahmen, waren die Schulden der NSDAP offenbar kein Problem mehr. Am 20. Februar 1933 hatte Göring führende Persönlichkeiten der Industrie ins Palais des Reichstagspräsidenten eingeladen und mit unverhüllten Drohungen— wenn die SA nicht bezahlt werden könne, sei es nicht länger möglich, sie von einem Massaker an den politischen Gegnern

»Die Geschichte des Nationalsozialismus ist die Geschichte seiner Unterschätzung.« Dieser Satz von Karl Dietrich Bracher¹ trifft in besonderer Weise auf die erste Zeit der Amtsführung Hitlers als Kanzler zu. Die meisten zeitgenössischen Politiker rechneten mit einem baldigen Ende der Ära Hitler, da sie sein Scheitern in der Außenpolitik und den Zusammenbruch der Wirtschaft voraussahen.¹⁴ Kaum jemand hatte Hitlers Buch »Mein Kampf« gelesen, und wer es getan hatte, hielt die dort niedergelegten Absichten für absurd, ihre Verwirklichung für unmöglich. Sie wurden bald eines Schlimmeren belehrt.

Am 22. Februar 1933 wurden 25000 SA-Leute und 1500 SS-Leute als »Hilfspolizisten« in den Dienst der preußischen Polizei übernommen, die Göring in seiner Eigenschaft als Innenminister leitete. Zwei Tage später wurde das »Karl Liebknecht-Haus«, das Hauptquartier der KPD, von der Polizei besetzt und durchsucht; es fanden sich dabei, wie nicht anders zu erwarten war, »Pläne für einen gewalt-samen Umsturz«; über Einzelheiten wurde freilich erst später Näheres gesagt, als entsprechende Ereignisse vorgefallen waren.

Am 31. Januar 1933 hatte Goebbels seinem Tagebuch anvertraut; »In einer Unterredung mit dem Führer legen wir die Richtlinien im Kampf mit dem roten Terror fest. Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmaßnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutions-versuch muß erst einmal aufflammen. Im geeigneten Augenblick werden wir dann zuschlagen.«¹⁵

Wann war der »geeignete Augenblick«?

Hitler legte nicht ohne Grund so großen Wert darauf, die Macht auf eine Weise zu erlangen, die dem deutschen Volk legal erscheinen sollte. Er wußte, daß die große Mehrheit der Staatsbürger zwar dringend nach einem Ausweg aus der Misere, die zugleich eine Staats- und eine Wirtschaftskrise war, verlangte, daß sie aber Revolution, Umsturz, Gewalt und Rechtswidrigkeit ablehnte.

Es war die große Leistung des Verwaltungsstaates des 19. Jahrhunderts gewesen, daß er — bei allen unleugbaren Schwächen — der Willkür der Großen ein Ende gemacht und die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz zumindest grundsätzlich verwirklicht hatte. Das Bismarcksche Kaiserreich war zwar kein moderner demokra-

zurückzuhalten- eine »Wahlkampfspende« von 3 Millionen RM erpreßt. Zum Trost fügte Göring hinzu, »daß diese Wahlen bestimmt die letzten sein werden, mindestens in den nächsten zehn Jahren, wahrscheinlich aber in den nächsten hundert Jahren«. Auch Hitler drohte: »Jetzt stehen wir vor der letzten Wahl. Wie auch immer das Resultat sein wird, jetzt gibt es kein Zurück mehr. Bringt die Wahl keine Entscheidung, so muß sie durch andere Mittel erreicht werden.« (Nach den Aussagen Hjalmar Schachts am 20. 7. 1945 und von Schnitzlers am 20. 11. 1945 im Nürnberger Prozeß, zit. nach Glum, a.a.O., S. 209.)

¹⁴ Typisch für diese Einstellung eine Äußerung des Zentrumsführers Prälat Kaas, die von F. Glum (a.a.O., S. 207) berichtet wird: »In sechs Wochen wird der braune Spuk vorüber sein.«

¹⁵ Goebbels, a.a.O., S. 254

tischer Staat; auch die Bürgerrechte wurden nur sehr unvollkommen garantiert, Minderheiten (Katholiken, Sozialisten, Polen) sahen sich — zumindest zeitweise — ungerechtem Druck ausgesetzt, aber im großen und ganzen bedeutete dieses Hohenzollernreich mit seiner föderativen Struktur und seinem aus allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlen hervorgehenden Reichstag doch einen großen Fortschritt, zumal gegenüber den Zuständen in Preußen. Daß nicht nur der Privatmann, sondern auch Monarchen, Regierungen und Behörden an die Verfassung, an Gesetze und an Verträge gebunden waren, worüber eine vielleicht engstirnige, zeitgebundene, aber unbestechliche und um Gerechtigkeit bemühte Justiz zu wachen hatte — das waren Errungenschaften, die das deutsche Volk auch in der tiefen Not der Jahre 1930 bis 1933 nicht preisgegeben wissen wollte. Einem Machthaber mit totalitären Ansprüchen, wie Hitler es war, konnte es nicht genügen, wenn er über den Staatsapparat verfügte; er wollte sein ganz »neues Deutschland bauen«, und dazu bedurfte es nicht nur des Gehorsams, sondern auch der Zustimmung, ja der Begeisterung des Volkes, das grosse Opfer zu bringen und eine weit über das Erzwingbare hinausgehende Mitarbeit zu leisten hatte. Hitler wollte die Menschen umformen, der Nationalsozialismus war kein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung, die um gläubige Gefolgschaft warb. Die Deutschen sollten dem Reichskanzler Hitler nicht nur den Respekt erweisen, den sein Amt forderte, sie sollten ihn auch als Person, als Führergestalt, als Heilsbringer anerkennen und verehren.

Aus diesen Gründen, aber auch aus verständlicher Rücksicht auf die Reaktion des Auslandes, das dem NSDAP-Kanzler überwiegend kritisch gegenüberstand, legte er den größten Wert darauf, daß die Beschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit, die er plante, nicht als Ausfluß seiner Willkür, sondern als Akte der Notwehr, unerläßlich zur Selbsterhaltung des Staates, erschienen.

Geht man von diesen Voraussetzungen aus, so erkennt man leicht, wie groß das Interesse war, das die Nationalsozialisten an einem weithin sichtbaren, das eigene Volk erschütternden, das Ausland beeindruckenden Fanal, wie es der Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933 war, haben mußten. Zwar hatten sie an der Zerstörung des parlamentarischen Systems tatkräftig und erfolgreich mitgewirkt, hatten den Reichstag oft genug als Schwatzbude verhöhnt und sich über die parlamentarischen Sitten immer wieder brutal hinweggesetzt — aber jetzt war ihnen kein Wort dramatisch genug, um das Verbrechen der Kommunisten zu brandmarken, die angeblich den Reichstag angezündet hatten.

Wenige Stunden nach dem Reichstagsbrand wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten »zum Schutze von Volk und Staat« veröffentlicht, die Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, des Postgeheimnisses, der Versammlungsfreiheit und der Un-

verletzlichkeit der Wohnung verfügte. Sie gab der Polizei die Möglichkeit, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen, ohne daß eine sofortige Nachprüfung durch den Richter erfolgte. Was ein solcher Freibrief bedeutete, wenige Tage vor der Reichstagswahl, von der Hitler im kleinen Kreise bereits erklärt hatte, daß sie die letzte Wahl sein werde, kann man sich leicht ausmalen.

»Der Reichstagsbrand ist eine planmäßig mit Raffinement und Konsequenz durchgeführte und mit anderen Aktionen kombinierte Aktion, die Wahlen vom 5. März 1933 nicht nur zu einem großen nationalsozialistischen Erfolg zu machen, sondern gleichzeitig auch scheinrechtlich endgültig, die diktatorische Apparatur in die Hand zu bekommen.«¹⁶ Diese Äußerung Emil Dovifats, der als Publizistikwissenschaftler und Zentrumsolitiker die Vorgänge in Berlin miterlebte, stellt die Zusammenhänge in knappster Form dar. Sie bringt auch die Überzeugung des Experten für Fragen der Öffentlichen Meinung zum Ausdruck, daß die Nationalsozialisten völlig planmäßig vorgingen, daß sie nach Bedarf Tatsachen erfanden und fälschten, systematische Irreführung der Öffentlichkeit betrieben und das Volk bewußt täuschten und betrogen. Dovifat spricht in diesem Zusammenhang von dem »schreckenerregenden Nachrichtenschock«, den der Reichstagsbrand ausgelöst hatte, von der Furcht, die er hervorrief, von der Suche nach dem Schuldigen, dessen Entdeckung, Bloßstellung und Diffamierung; er nennt das Ganze »ein in der Geschichte der publizistischen Überwältigung einmaliges Phänomen«.¹⁶

Der Reichstagsbrand war »der geeignete Augenblick«, von dem Goebbels mit Hitler gesprochen hatte. Wenn man die Gelegenheit nicht sogleich benutzte, um die KPD formell zu verbieten, so wahrscheinlich deshalb, weil man verhindern wollte, daß dann die Stimmen der kommunistischen Wähler der SPD zugutekämen.

Am 1. März 1933 hielt Göring eine Rede, in der er Einzelheiten über das angeblich im »Karl Liebknecht-Haus« am 24. Februar 1933 gefundene Material bekanntgab; Pläne für Brandstiftungen in Amtsgebäuden gehörten dazu, der Brand des Reichstags sollte das Signal für einen kommunistischen Aufstand sein. Dazu passend, waren am 25. Februar 1933 Brände im Berliner Schloß und im Rathaus gemeldet worden. Auch behauptete Göring, Terrorgruppen der KPD sollten in SA-Uniformen gesteckt und als Brandstifter und Mordkommandos eingesetzt werden.

Am 5. März 1933 gingen 89% der Wahlberechtigten zu den Urnen. Aber die NSDAP verfehlte trotz den gigantischen Anstrengungen ihrer Propagandisten ihr eigentliches Ziel, die absolute Mehrheit;

¹⁶ Denkschrift von Prof. Dr. Emil Dovifat vom 3. 2. 1967 »Eindrücke und Erfahrungen über die Anlage, die Durchführung und Folgen des Reichstagsbrandes«, für deren Überlassung der Verfasser Herrn Edouard Calic aufrichtig dankt.

sie erreichte nur 43,9%. Außer den Kommunisten, die rund eine Million Stimmen verloren — gewiß eine Wirkung der gegen sie erhobenen Anschuldigung, den Reichstag angezündet zu haben —, konnten die grossen Parteien ihre Position halten: die SPD verlor nur 66300 Stimmen, das Zentrum gewann sogar drei Mandate hinzu. Hitler blieb auf die Koalition mit den Deutschnationalen angewiesen; es war ihm nicht gelungen, seine Partner und Aufpasser abzuschütteln.

Man kann nicht sagen, daß die Wahl vom 5. März 1933 eine ganz freie Wahl gewesen sei; die Nationalsozialisten taten alles, um durch Lügen, Falschmeldungen, Drohungen und Einschüchterungen die Wähler zu beeinflussen. Die allgemeine Verwirrung, der Terror auf der Straße, der sichtbare Verfall der rechtlichen Ordnung erschwerten eine vernünftige Entscheidung der Wähler. Aber das Wahlgeheimnis wurde gewahrt, die Resultate wurden nicht gefälscht. Es war für lange Zeit die letzte Willensbekundung des deutschen Volkes, die in leidlicher Freiheit hatte erfolgen können, und sie bewies den nationalsozialistischen Führern sehr eindringlich, daß nach wie vor mehr Deutsche zu ihren Gegnern gehörten als zu ihren Freunden. Da sie es später nicht mehr wagten, freie Wahlen oder Plebiszite durchzuführen, war die Reichstagswahl vom 5. März 1933 auch für sie der letzte Test auf die wahre Volksmeinung.

Ein großer Teil ihrer Bemühungen richtete sich in der Folgezeit darauf, möglichst viele dieser Gegner doch noch für sich zu gewinnen. Dabei kam ihnen zu Hilfe, daß die gegnerische Front zersplittert war. Sie konnten versuchen, die Zwietracht zwischen den gegnerischen Truppen zu vergrößern. Sie mußten aber auch berücksichtigen, daß diese Gruppen sehr verschiedenen weltanschaulichen und politischen Überzeugungen anhängen. Wollten sie sie nacheinander »bearbeiten«, durften sie nicht so vorgehen, daß die Mittel zur Gewinnung der einen Gruppe die andere Gruppe vor den Kopf stießen.

Schon die Regierung Papen hatte, unter Bruch der Verfassung, die sozialdemokratische Regierung Preußens abgesetzt und einen Reichskommissar für Preußen installiert. Hitler wandte dieses Verfahren nun auf die übrigen deutschen Länder an. Auf dem Wege eines »Gleichschaltungsgesetzes« lösten »Reichsstatthalter« die demokratischen Landesregierungen ab. Damit war die föderalistische Sicherung der Demokratie, der wichtigste Sperrriegel gegen die Monopolisierung der Macht an der Spitze des Reiches, zerbrochen.

Dieses Vorgehen war ein passender Auftakt zur Ausschaltung des Parlaments, die durch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 vorgenommen werden sollte. Bevor jedoch der neugewählte Reichstag zusammentrat, um sich nach dem Willen Hitlers für vier Jahre selbst zu entmachten, fand in der Garnisonskirche in Potsdam ein Staatsakt statt, dem in der »Regie des öffentlichen Lebens« ein be-

sonders wichtiger Platz zugedacht war. Hindenburg ließ sich bestimmen, den 21. März 1933 zum »Tag der nationalen Erhebung« zu erklären. »Man wollte deutlich machen, daß der Geist von Weimar durch den Geist von Potsdam, den Geist der Soldatenkönige ersetzt werden sollte...«¹⁷ Der »Trommler« Hitler verneigte sich tief vor Hindenburg, dem Generalfeldmarschall des Kaiserreichs, in dem viele noch immer den Garanten für Tradition und Ordnung sahen. Im Kirchenschiff saßen die Reichstagsabgeordneten, soweit sie nicht der SPD oder der KPD angehörten; diese waren freiwillig, jene unfreiwillig ferngeblieben. Der frühere preußische Kronprinz saß in der Loge. Die Orgel spielte das »Niederländische Dankgebet«, während Hindenburg allein in die Königsgruft hinabstieg.

Die Inszenierung war meisterhaft: der »Tag von Potsdam« usurpierte die preußisch-deutsche Geschichte für die NSDAP, er stellte Hitler in eine Reihe mit dem »Alten Fritz«, Bismarck und den Hohenzollernkaisern, er sollte die altpreußischen Konservativen mit dem Emporkömmling aus Braunau versöhnen, die Hoffnung der Monarchisten am Leben halten, die Offiziere der Reichswehr mit dem Glauben erfüllen, daß Hitler nicht seine Privatarmee begünstigen, sondern an die militärische Tradition anknüpfen werde, und dem ganzen Volk den Eindruck vermitteln, daß nun die barbarische Phase der Machtkämpfe beendet und der Aufbau in Frieden und Ordnung eingeleitet sei. Hitler nicht mehr mit Braunhemd und Schirmmütze, sondern in Frack und Zylinder, das war ein Symbol, das im In- und Ausland verstanden werden sollte als Beweis dafür, daß »der Umsturz« vorbei sei. Die Nation war in ihrer Mehrheit bereit, die 51 Toten zu vergessen, die der letzte Wahlkampf gekostet hatte, die Erinnerungen an den Straßenterror hinter sich zu lassen und ein neues Konto für den »zivilisierten Hitler« zu eröffnen. Sie atmete auf.

Natürlich war auch dieser Staatsakt darauf angelegt, die Welt zu täuschen. Er sollte die Annahme des »Ermächtigungsgesetzes« erleichtern, zu der die Stimmen der Zentrumspartei nötig waren.

Der »Tag der nationalen Erhebung« bildete den Anfang einer ganzen Reihe solcher neugeschaffener Feiertage, die schließlich einen vollständigen »Jahresfestkreis« ergaben und, in offensichtlicher Nachahmung des kirchlichen Feiertagskalenders, diesen überflüssig machen und ersetzen sollten.

Für jeden dieser nationalen Feiertage wurden spezielle Rituale entwickelt; dabei war man nicht kleinlich. Man verwendete nicht nur eigenes Überlieferungsgut — so die »Blutfahne«, die 1923 mitgetragen worden war —, sondern griff auch auf den reichen Formenschatz christlicher, militärischer und folklorischer Traditionen zurück, auf die antike Mythologie, aber auch auf Liedgut und Stil der

¹⁷ Glum, a.a.O., S. 219; Friedrich Glum, Professor an der Hochschule für Politik in Berlin, schildert den »Tag von Potsdam« als Augenzeuge.

deutschen Jugendbewegung, der kommunistischen und der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Aus der Liturgie der römisch-katholischen Kirche wurde z. B. das Prinzip der »statio« entlehnt. Wie dort jeder wichtige Festtag in einer ihm zugewiesenen römischen Kirche mit besonderer Feierlichkeit begangen wurde –z. B. der Gründonnerstag im Lateran, der Karfreitag in Santa Croce, der Ostersonntag in S. Maria Maggiore, der Ostermontag in St. Peter usw.–, so gab es für die nationalen Festakte, obschon sie im ganzen Lande »durchgeführt« (ein Lieblingswort des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs) wurden, jeweils eine zentrale Veranstaltung: für den 9. November, der an den Hitlerputsch von 1923 erinnert, den »Schweigemarsch« in München, für den Tag der Wehrmacht die Militärparade in Berlin, für den »Reichsbauerntag« die Feier auf dem Bückeberg, für den »Reichsparteitag«, den Höhepunkt des politisch-kultischen Jahreslaufs, Nürnberg. Wie der Papst in Rom zur jeweiligen »statio« zu erscheinen pflegte, so erhielten die »zentralen Veranstaltungen« des Hitler-Regimes ihre besondere »Weihe« durch die Mitwirkung des »Führers«. Die Einbeziehung verschiedener Orte und Landschaften des Reiches ermöglichte es Hitler, dabei auch an die Tradition der mittelalterlichen Kaiser anzuknüpfen, die keine feste Residenz besaßen, sondern ihre Herrschaft ausübten, indem sie von Pfalz zu Pfalz zogen, an Ort und Stelle Recht sprachen, Streitigkeiten schlichteten, Urkunden ausfertigten und dem Volk Audienz gewährten.¹⁸

Solche sinnlich wahrnehmbaren, von Rundfunk, Filmwochenschau und Presse verbreiteten Akte staatlicher Repräsentation mußten einen umso tieferen Eindruck machen, als die Weimarer Republik es nur sehr schlecht verstanden hatte, der Öffentlichkeit ein positives Bild des demokratischen Staates zu vermitteln. Nichts zeigt

¹⁸ K. D. Bracher weist in »Tradition und Revolution im Nationalsozialismus« (s. Anm. 1) auf die »durchgängigen und fundamentalen Ambivalenzen« hin, von denen der Nationalsozialismus bestimmt ist und »die im Nebeneinander von konservativen und revolutionären Elementen sichtbar werden«. An späterer Stelle: »Geradezu plakativ tritt diese Kombination des Gegensätzlichen in Erscheinung, wenn die modernste Handhabung der Massenmedien und der Technik der Massenversammlung für so traditionalistische, agrarromantische Veranstaltungen wie den Reichsbauerntag auf dem Bückeberg eingesetzt werden. Hierzu gehören auch die virtuose Gestaltung einer Massen-Liturgie, überhaupt der Charakter und die Wirkung einer 'politischen Religion': mit fanatischen Gläubigen und einem germanischen oder auch pseudochristlichen Führerkult. Die von Fritz Stern betonte Fundierung des Nationalsozialismus in antimodernistischen, antiindustriellen Strömungen des 19. Jahrhunderts wird gleichsam wieder aufgehoben, ja überholt durch den Kult des Technischen und Effizienten, der in den betont avangardistischen Unternehmungen der Autobahnen, des Volkswagens, des Volksempfängers, in der durchaus geplanten Nationalisierung und Mobilisierung der Massen, unter virtuoser Regie des öffentlichen Lebens Ausdruck findet.«

den Unterschied deutlicher als ein Vergleich von Filmdokumenten aus der Zeit vor und nach 1933.¹⁹

Die Republik hatte so gut wie ganz darauf verzichtet, den Rundfunk in den Dienst staatspolitischer Erziehungs- und Bildungsarbeit zu stellen, ja sie hatte es zugelassen, daß bewußt ein »unpolitischer« d. h. von Einflüssen der Parteien unabhängiger, Rundfunk aufgebaut wurde, wenngleich der Einfluß der Reichspost weit über die technische Seite des Rundfunkbetriebs hinausging. Papen hatte die ursprünglich föderative Organisation des Rundfunks zentralisiert, damit aber nur den Nationalsozialisten vorgearbeitet: Goebbels konnte somit den gesamten Rundfunk im Augenblick der Machtübernahme sofort »gleichschalten« und in den Dienst seiner Propaganda stellen.

Dabei entstanden offenbar Differenzen zwischen Hitler und Goebbels. Der Propagandaminister, der sich mit einigem Recht als virtuoser Spieler auf mancherlei Klaviaturen der Massenbeeinflussung fühlte, schreckte zwar nicht aus moralischen Gründen vor Gewaltanwendung zurück, suchte aber aus einer Art »Künstlerstolz« mit subtileren Mitteln die gleichen Ziele zu erreichen. Sein Ehrgeiz trieb ihn, der Welt zu zeigen, was ein Könnner mit den modernen Möglichkeiten der Technik auszurichten vermochte. Bei aller macchiavellistischen »Der Zweck heiligt die Mittel«-Philosophie war er doch auch ein in sein Métier verliebter Rhetor, ein Intellektueller, dem es leid tat, mit der Keule zuschlagen zu müssen, wo er lieber mit dem Florett gefochten hätte. Es scheint, daß die »Vollversorgung« der deutschen Haushalte mit Radiogeräten, die freilich so eingerichtet waren, daß sie (außer in grenznahen Gebieten) nur die Programme der Reichssender gut empfangen konnten, wie Goebbels sie in den ersten Jahren der NS-Herrschaft mit erheblichem Aufwand erreicht hatte, im Kriege den Unmut Hitlers erregte. Er lobte während des Essens im »Führerhauptquartier am 17. Juli 1942 vor den versammelten Größen des Regimes die Sowjetführer, weil sie »nicht nur die Wichtigkeit, sondern auch die Gefahrenpunkte des Rundfunkwesens beizeiten erkannt« und deshalb den Drahtfunk eingeführt hätten. Dieser erscheine »vom Standpunkt der Staatsführung als geradezu ideal«, weil er »den zuständigen Stellen die Möglichkeit gebe, den Empfang zu regulieren«. Vor dem Kriege habe er noch Befehl gegeben, auch in Deutschland den Drahtfunk einzuführen, doch sei dies bedauerlicherweise nicht mehr rechtzeitig gelungen.²⁰

Im Grunde verhielt es sich im Falle der Presse ähnlich. Goebbels hatte ein kompliziertes System der dreifachen Sicherung seiner Herrschaft über die Presse geschaffen:

¹⁹ Ein Vergleich der »Selbstdarstellung« der Republik und des Hitler-Regimes läßt sich jetzt sehr gut vornehmen an Hand der vom »Institut für den wissenschaftlichen Film« in Göttingen besorgten Editionen von Wochenschaufilmen der Zeit.

²⁰ Henry Picker »Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42«, Bonn 1951, S. 290.

— Die tägliche Pressekonferenz, die er in der Regel selbst leitete, gab die Weisung aus, welche Themen in welcher Weise und in welcher Aufmachung zu behandeln seien — wobei auch Spiele mit verteilten Rollen, auch unterschiedliche, ja gelegentlich widersprüchliche Aussagen eingeplant wurden.

— Das Schriftleitergesetz sorgte dafür, daß nur solche Personen in Redaktionen arbeiten konnten, die der Propagandaminister auf ihre »politische Zuverlässigkeit« geprüft hatte — wobei Goebbels Wert darauf legte, zu betonen, daß dieses Gesetz die in den Zwanzigerjahren von den demokratischen Journalistenverbänden vergebens angestrebte Unabhängigkeit von den »kapitalistischen Verlegern« endlich verwirklichen sollte (jetzt freilich um den ungeheuren Preis der totalen Abhängigkeit der Journalisten von Staatsführung und Partei).

— Die »Reichspressekammer« stabilisierte die Kontrolle durch den Zwang zur Mitgliedschaft, zur Unterordnung unter ihre Vorschriften und gewisse Privilegien für »bewährte« Presseleute.

Hitler hatte keinerlei Ursachen, mit diesem feingesponnenen Netz und seiner Wirksamkeit unzufrieden zu sein. Dennoch ließ er die Konkurrenten und Widersacher des Propagandaministers gewähren, als sie darangingen, im Vollzug der »Amann-Richtlinien« die deutschen Zeitungsverlage auch wirtschaftlich »gleichzuschalten«, d. h. in direkten oder indirekten Besitz des Parteiverlags der NSDAP zu überführen.²¹

Im Ganzen wird man sagen müssen, daß die Art und Weise, wie das nationalsozialistische Regime die Massenmedien als Instrumente des Kampfes um die Macht benutzt hat, ein Lehrstück in moderner Demagogie darstellt, das zu studieren sich lohnt — ganz unbeschadet der Verwerflichkeit der Ziele, die damit letztlich verfolgt wurden.

²¹ Dazu vor allem: Oron J. Hale »Presse in der Zwangsjacke 1933—45«, Düsseldorf 1965; Fragen der Filmpolitik des Nationalsozialismus hat der Verfasser dieses Beitrags auf dem Symposium »Faschismus—Antifaschismus« in Zagreb (November 1975) erörtert (vgl: »Nacionalsocijalizam i propaganda« in »Fašizam i neofašizam«, Zagreb 1976, S. 171—174).